



Protokollauszug

aus der
41. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit,
Soziales und Inklusion
vom 19.06.2018

öffentlich

**Top 4.6 Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen nach dem Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) der Landeshauptstadt Potsdam
18/SVV/0365
ungeändert beschlossen**

Herr Schubert bringt die Beschlussvorlage ein und gibt Erläuterungen dazu. Er weist darauf hin, dass es hier darum geht, Bundesrecht auszuführen.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen nach dem Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) der Landeshauptstadt Potsdam.

**Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.**